



JGK Kanton Bern

Eingang: 27. MAI 2016

Geschäftsnummer:

Geht an:

Kopie an

AGL

NEC, WU

- | | |
|--|-------------------------------------|
| ☐ Zur Vorbereitung RR-/GR - Geschäfte | ☐ |
| ☐ Zur Vorbereitung Antwort Direktion | ☐ |
| ☐ Zur Vorbereitung Mitbericht JGK | ☐ |
| ☐ Zur Stellungnahme an | ☐ |
| ☐ Zur direkten Erledigung | ☐ |
| ☐ Zur Zirkulation | ☐ |
| ☒ Zur Kenntnis | ☒ |

Frist

Visum

CH-3003 Bern
EDI

Herrn Regierungsrat Christoph Neuhaus
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Münstergasse 2
3011 Bern

Bern, den 24. Mai 2016

Finanzielle Unterstützung des Bundes für neue Transitplätze für Fahrende

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Neuhaus

Ich möchte Ihnen, Herr Regierungsrat, meinen Dank und meine Wertschätzung ausdrücken für ihr grosses persönliches Engagement und die offensichtlichen Bemühungen des Kantons Bern zugunsten der Sache der Fahrenden. Es ist erfreulich, wie der Kanton pragmatisch nach Lösungen sucht und diese nach aussen vertritt und rasch umsetzt.

Die Erhöhung der regulären Mittel des Bundes für die Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende und die Organisationen der betroffenen Minderheiten zeigt, welche Bedeutung der Bund einer Verbesserung der Situation beimisst.

Wie schon im Schreiben an die BPUK vom 19. Januar 2015 betont, sind bei der Schaffung von Transitplätzen für ausländische Fahrende überregionale Lösungen notwendig. Ein Transitplatz im Seeland entspricht unbestritten einem ausgewiesenen Bedarf und wird die Region entlasten.

Der Aktionsplan, der aktuell von der Arbeitsgruppe mit ihrer geschätzten Teilnahme und unter der Leitung des BAK erarbeitet wird, sieht vor, dass der Bund eine wichtige Rolle bei der Planung und Realisierung von Transitplätzen einnimmt. Wo möglich sollen diese auf Grundstücken des Bundes entstehen, wie dies beim geplanten Platz in Meisnberg der Fall ist. Für Plätze, die den Bedürfnissen der Schweizer Fahrenden entsprechen, sollen im Gegenzug die Kantone besorgt sein.

Es ist geplant, dass eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Bundesämter ARE, ASTRA, armasuisse, BBL und BAK die Schaffung von solchen Plätzen für ausländische Fahrende in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen vorantreiben soll. Über die Frage einer finanziellen Unterstützung kann erst nach Abschluss der Arbeiten am Aktionsplan entschieden werden.

Mit freundlichen Grüssen

Alain Berset
Bundesrat